Antrag
des Gemeinderates
an den Einwohnerrat

2743

Pratteln, 8. Juni 2011/bec

Rückzug der Gemeindeinitiative vom 9.1.1992: Kantonsbeiträge an Sekundarschulhäuser

1. Ausgangslage

Mit Beschluss vom 25. März 1991 hat der Einwohnerrat der formulierten Gesetzesinitiative auf Änderung von § 137 des kantonalen Schulgesetzes vom 26. April 1979 zugestimmt. Mit der Initiative wurde verlangt, dass im Schulgesetz eine Bestimmung eingefügt werden sollte, wonach die Kosten für den Unterhalt der Sekundarschulbauten vom Kanton an die Gemeinden zurück zu erstatten seien.

Die Initiative wurde formal nie erfüllt. Nachdem der Landrat am 10. Februar 2011 beschlossen hat, die Sekundarschulbauten von den Gemeinden per 1. August 2011 zu erwerben, ist das Anliegen der Initiative hinfällig geworden. Mit Schreiben vom 2. März 2011 hat die Bildungs- Kultur und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft die federführende Gemeinde Reinach eingeladen, die Initiative zurückzuziehen. Der Einwohnerrat der Gemeinde Reinach und der Gemeinderat der Gemeinde Therwil haben den Rückzug der Gemeindeinitiative bereits beschlossen.

2. Erwägungen

Gemäss § 81 c des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte kann jede Gemeindeinitiative zurückgezogen werden. Dazu kann der Einwohnerrat den Gemeinderat zum vorneherein ermächtigen. Der Beschluss des Einwohnerrates vom 25. März 1991 enthält keine Kompetenzdelegation an den Gemeinderat. Durch den Wechsel der Eigentumsverhältnisse wird die Initiative obsolet. Dem Einwohnerrat wird daher deren Rückzug empfohlen.

3. Beschluss

tingelin

://: Der Einwohnerrat ist mit dem Rückzug der Initiative vom 9. Januar 1992 einverstanden und beauftragt den Gemeinderat diesen dem Kanton mitzuteilen.

EN GEMEINDERAT

sident Der Verwalter-Stv.

B. Stöcklin

B. Stoch

Beilagen:

- Auszug aus dem Einwohnerratsprotokoll vom 25. März 1991
 Schreiben des Bildungs- Kultur und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft vom 2. März 2011
 Schreiben der Gemeinde Reinach vom 18. Mai 2011
 Protokollauszug der Gemeinderat Therwil der Sitzung vom 30. Mai 2011